

APPELL DER EUROPEAN WATERPARK ASSOCIATION E.V. AN DIE REGIERUNGEN DER EUROPÄISCHEN LÄNDER

Die European Waterpark Association ist ein Verband der Freizeitbäder und Thermen in Europa. Wir begrüßen und unterstützen die Aktivitäten der europäischen Regierungen und Behörden bei der Bekämpfung von COVID-19-Erkrankungen und der Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus in Europa. Die Gesundheit und die Sicherheit unserer Gäste und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben für uns höchste Priorität.

Wir wenden uns heute mit einem Hilferuf an die Regierungen der europäischen Länder. In normalen Jahren übersteigt die Zahl unserer Besucher europaweit die Milliarden-grenze, die Zahl der direkt Beschäftigten in allen Freizeitbädern, Thermen und Wasserparks in Europa bewegt sich im oberen sechststelligen Bereich (geschätzt ca. 700-800.000).

Heute sind aufgrund der Corona-Krise unsere Bäder leer, den Beschäftigten drohen Kurzarbeit (in den meisten Betrieben ist dies bereits der Fall) und Entlassungen.

Wir brauchen dringend Hilfspakete für unsere Betriebe in allen Ländern. Ohne eine staatliche Unterstützung, die weit über das derzeitige Maß hinausgeht, sind nicht nur viele unserer Bäder in ihrer Existenz bedroht, sondern auch zahllose KMUs (Kleine und Mittelständische Unternehmen), die als Lieferanten und Dienstleister von dem Wohlergehen der Bäderbetriebe abhängig sind. Wir bitten daher um eine umgehende Umsetzung der folgenden Maßnahmen:

Eine zeitnahe Inbetriebnahme der Bäder unter kontrollierten Bedingungen

Viele Menschen in Europa werden sich in diesem Jahr keinen Urlaub leisten können. Die Bäder sind für Familien eine wohnortnahe und günstige Alternative für eine gesundheits- und sportorientierte Freizeitgestaltung. Eine zeitnahe Inbetriebnahme der Bäder unter kontrollierten Bedingungen ist daher eine vorrangige Maßnahme auf dem Weg in eine Normalisierung. Dass dies möglich ist, haben wir in unserem Zwei-Stufen-Plan zur Wiederinbetriebnahme der Freizeitbäder und Thermen aufgezeigt, der inzwischen europaweit als Grundlage für eine Diskussion über die Wiedereröffnung der Bäder Verwendung findet. In diese Forderung ziehen wir ganz bewusst alle öffentlichen Bäder ein, auch Freibäder, Hallenbäder etc. Nur wenn wir ein möglichst breites Angebot an Alternativen für die Besucher schaffen, können wir bei einer Reduzierung der Zahl der gleichzeitig anwesenden Badegäste den zu erwartenden Druck auf die einzelnen Anlagen nehmen. Zugleich erreichen wir dadurch, dass die Gäste vorrangig Bäder mit einer permanenten Aufbereitung des Beckenwassers besuchen, in dem das Corona-Virus keine Überlebenschance hat¹, und nicht mangels Alternative Badestellen an Flüssen und Seen aufsuchen, bei denen die Besucherströme nicht kontrollierbar sind und bei denen oft auch keine sanitären Einrichtungen bestehen und keine Beaufsichtigung erfolgt.

Ein „Hilfspaket Bäder“ der Länder mit direkten, nicht zurückzahlbaren Zuschüssen für die Bäderbetriebe

Nach einer Umfrage unseres Verbandes unter den privatwirtschaftlichen Betreibern, von denen 70% gar keine kommunalen Zuschüsse erhalten und weitere 30% nur in einer maximalen Höhe von 25% der jährlichen Kosten, sind 40% dieser Betriebe in den nächsten

¹ Deutsches Umweltbundesamt 2020: Coronavirus SARS-CoV-2 und Besuch in Schwimm- oder Badebecken beziehungsweise Schwimm- oder Badeteichen; unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/374/dokumente/stellungnahme_uba_sars-co2_badebecken.pdf

zwei bis drei Monaten von einer Insolvenz bedroht. Diese Zahl wird bis September auf 80% steigen, wenn nicht wirksame Unterstützungsmaßnahmen erfolgen. Auch vielen kommunalen Bäderbetrieben sind in ihrer Existenz gefährdet, weil den Städten und Gemeinden die Haushaltsmittel zum Ausgleich des durch die Corona-Krise erhöhten Defizits fehlen. Überbrückungskredite sind hier nicht ausreichend, weil sie das Problem nur zeitlich verschieben. Nach einer erfolgreichen Wiederinbetriebnahme werden die Gäste nicht häufiger als bisher unsere Bäder besuchen. Daher können die derzeit erfolgenden Einnahmeverluste nicht ausgeglichen werden. Bäder, die heute mit Überbrückungskrediten ihre Liquidität verbessern, um eine Insolvenz abzuwenden, müssen morgen diesen Schritt dennoch tun, weil ihnen eine bilanzielle Überschuldung droht. Wir brauchen daher direkte, nicht zurückzahlbare Zuschüsse, die das Überleben der Bäder so lange sichern, bis sie wieder eigene Einnahmen im notwendigen Umfang generieren können – ein „Hilfspaket Bäder“ der Regierungen.

Ein „Investitionsprogramm Bäder“ zur Stützung der Lieferanten und Dienstleister

Mit zunehmender Dauer der Bäderschließungen sind nicht nur die direkten Arbeitsplätze in den Bädern gefährdet, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze bei den Herstellern und Dienstleistern. Ohne eigene Einnahmen und wirksame Zuschüsse werden die Bäder auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, notwendige Investitionen zu tätigen, von denen diese Zulieferbetriebe abhängig sind. Wir fordern daher ein langfristiges Investitionsprogramm zur Sanierung, Modernisierung und Attraktivitätssteigerung der Bäder, von dem nicht nur diese selbst profitieren werden, sondern vor allem auch die von den Bäderbetrieben abhängigen Unternehmen im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe. Auch hier handelt es sich vorwiegend um KMUs.

Eine befristete Reduzierung der Umsatzsteuer

Eine Wiederinbetriebnahme der Freizeitbäder und Thermen unter kontrollierten Bedingungen bedeutet zunächst auch eine Limitierung der Besucherzahlen und der Umsätze. Zudem ist nicht absehbar, wie viele Familien sich aufgrund der Einschränkungen ihrer Einkommen zukünftig einen Badbesuch leisten können und wollen. Die Kosten für die Aufrechterhaltung eines Betriebs sind aber auch bei geringen Besucherzahlen annähernd so hoch wie bei einem Normalbetrieb. Daher fordern wir für ein Jahr die Senkung des Umsatzsteuersatzes auf den jeweiligen reduzierten Umsatzsteuersatz der Länder. Damit können die Bäderbetriebe bei Beibehaltung der Bruttopreise dringend notwendige Mehreinnahmen generieren oder alternativ für zusätzliche Nachfrage sorgen, indem sie die Entlastung über reduzierte Eintrittstarife an die Besucher weitergeben.

*

Im Durchschnitt arbeiten in jedem Freizeitbad/jeder Therme 104 Vollzeitkräfte, davon ein nicht unerheblicher Teil geringer Qualifizierte, welche hier eine wohnortnahe, sichere Arbeitsstelle finden. Bei besonders großen Anlagen kann diese Zahl auf 1.200 Beschäftigte und mehr steigen. Eine Insolvenz und damit Schließung der Bäder hätte durch den Wegfall niedrigschwelliger gesundheitsorientierter Freizeitangebote und durch den Wegfall direkter und indirekter Arbeitsplätze (zu berücksichtigen ist hierbei auch die Umwegrentabilität durch Sekundärumsätze vor Ort) erhebliche negative Auswirkungen auf die betroffenen Regionen. Mit den vorgenannten Maßnahmen wird es möglich sein, dies zu verhindern, der gesamten Bäderbranche wieder einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft zu gewähren, und einen wirkungsvollen Beitrag zur Stärkung der Gesundheit der Bevölkerung und zu einer sozialen Stabilität in unserer Gesellschaft zu leisten.